

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. H. J. W. ...
Redaktion: ...
Druck: ...

Belegpreise bei ...
Anzeigenpreise ...
Abbestellungsfrist ...

Druck u. Verlag: ...
Vertrieb: ...
Kontaktdaten: ...

Arbeit am Schlußmanifest in Lausanne

Stimmungsmache mit bestellten Telegrammen

Drachbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 1. Juli. Wie wir erwarteten, ist es auch heute zu keiner Entscheidung gekommen. Alles wartet hier auf Herrriots Rückkehr aus Paris und auf Chamberlains Rückkehr aus London. Sonnabend vormittag soll dann ein vielleicht letzter Versuch unternommen werden, die Konferenz zu retten. Die fünf Gläubigermächte haben heute Auftrags- und Vorbereitungsarbeiten geleistet. Sie haben versucht, alle die Punkte zusammenzufassen, in denen sie unter sich und sogar mit Deutschland einig zu sein glauben. Dabei mußte die Frage der amerikanischen Schutzklausel sowie die Höhe der Ziffer automatisch ausgesondert werden. Dieses Verfahren könnte darauf hindeuten, daß man äußerstenfalls den Versuch machen wird,

laß aus seinen Tributverpflichtungen entlassen würde, hört man in Kreisen, die der deutschen Delegation nahe stehen, daß es sich hier um ein offenbar bestelltes Telegramm des französischen Botschafters in Washington handelt, das nicht ernst genommen werden könne.

Warum sorgen wir da nicht um so mehr für schnelligste Klärung in Washington?

Es trifft zu, daß über den Inhalt des geplanten Schlußmanifestes mit der deutschen Delegation Rücksprache genommen wurde. Hier sucht bekanntlich Macdonald seine Burgfriedensidee, Frankreich seine Sicherheitsforderung zu verankern, und hier will man Deutschland, falls man es wenigstens im Prinzip zahlungsbereit machen kann, vermutlich sehr unverbindliche Zusicherungen auf die Herstellung der Gleichberechtigung und die Beseitigung gewisser Diskriminationen ausstellen.

Wie man am späteren Abend aus ausländischen Gruppen hört, wollen die fünf Gläubigermächte ihre heutigen Ausarbeitungen noch heute abend der deutschen Delegation übergeben mit dem Ersuchen, die deutsche Stellungnahme hierzu bis morgen früh, d. h. bis zum Wiederzukommen der Gläubigerkommissionen, zu übermitteln. Dadurch würde sich die deutsche Delegation noch heute vor schwerwiegende Entscheidungen stellen müssen.

Erfolg Herrriots in der Kammer

Paris, 1. Juli. Ministerpräsident Herrriot nahm am Freitagmorgen an der Kammer Sitzung teil, um die Abgestimmten um ihre Zustimmung zur dringenden Beratung des Finanzprogramms zu ersuchen, das am Vormittag vom Ministerrat gebilligt worden war. Bei seinem Eintritt in den Sitzungssaal brachten ihm die Radikalsozialisten und die Sozialisten stürmische Ovationen dar. Die Kammer stimmte sofort über den Antrag Herrriots ab und beschloß mit großer Stimmenmehrheit, die Beratung des Finanzprogramms bereits am Montag aufzunehmen. Man rechnet damit, daß das Programm bereits am Montagabend verabschiedet werden kann, um dann sofort dem Senat zugeleitet zu werden.

Annömligliche Vorschläge der Gläubiger

Lausanne, 1. Juli. Der von den Gläubigermächten gemeinsam ausgearbeitete Plan ist in den Freitagabendstunden der deutschen Abordnung offiziell noch nicht übermittelt worden, ist jedoch inoffiziell in großen Zügen der deutschen Abordnung bekanntgemacht. In internen Beratungen der deutschen Abordnung sind die Mittelungen über den gemeinsamen Plan der Gläubigermächte eingehend durchberaten worden. Eine endgültige Stellungnahme von deutscher Seite zu diesem Plan wird erst erfolgen, wenn die für Sonnabend erwartete offizielle Bekanntgabe in der Bürositzung und insbesondere die von Deutschland geforderte Mittelung über die Höhe der Restzahlung erfolgt ist. Ueber den Inhalt dieses Planes liegen vorläufig nur Mittelungen von französischer und englischer Seite vor, die jedoch keineswegs als vollständig angesehen werden können und deshalb hier nur unter allem Vorbehalt wiedergegeben werden. Nach diesen Mittelungen enthält der Plan der Gläubigermächte folgende Einzelheiten: Der Vorschlag der Gläubigermächte an Deutschland wird

in der Form einer großen Erklärung der deutschen Abordnung vorgelegt, die als Schlüssel der Lausanner Konferenz von den Konferenzmächten angenommen werden soll.

Die Erklärung enthält zunächst acht Punkte, die in der großen Rede Macdonalds in der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte am Donnerstag aufgestellt wurden und über die nach den Erklärungen Macdonalds bereits vollständige Uebereinstimmung zwischen sämtlichen Konferenzmächten erzielt wurde.

Der Vorschlag der Gläubigermächte enthält sodann folgende Regelung der Tributfrage: Die deutsche Regierung hinterlegt bei der Banker BSB, zugunsten der Gläubigermächte Reichsbahnbonds in Höhe einer Summe, die endgültig erst am Sonnabend von den Gläubigermächten festgelegt werden wird. Während einer Dauer von drei bis fünf Jahren tritt ein vollständiger Zahlungsausschuß für Deutschland ein. Nach dem Ablauf dieser Frist werden die Reichsbahnbonds in den Händen der Gläubigermächte, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Kurs der Staatsanleihe eine bestimmte Höhe erreicht hat. Die alliierten Gläubigermächte verpflichten sich, mit allen Mitteln bei der amerikanischen Regierung für eine Streichung der internationalen Schulden einzusetzen. Falls die amerikanische Regierung die Streichung ablehnt, werden drei Viertel der deutschen Reichsbahnbonds von den alliierten Gläubigermächten den Vereinigten Staaten als Abzahlung für ihre Schulden übergeben. Das restliche Viertel der deutschen Reichsbahnbonds wird bei der gemeinsamen Kommission für den Wiederaufbau Europas, jedoch zugunsten Frankreichs, eingezahlt. Falls die Vereinigten Staaten auf eine Streichung der internationalen Schulden eingehen, werden drei Viertel der Reichsbahnbonds der deutschen Regierung wieder zurückgestellt. In diesem Fall würde die deutsche Regierung somit nur ein Viertel der aus

in der Form einer großen Erklärung der deutschen Abordnung vorgelegt, die als Schlüssel der Lausanner Konferenz von den Konferenzmächten angenommen werden soll.

Die Erklärung enthält zunächst acht Punkte, die in der großen Rede Macdonalds in der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte am Donnerstag aufgestellt wurden und über die nach den Erklärungen Macdonalds bereits vollständige Uebereinstimmung zwischen sämtlichen Konferenzmächten erzielt wurde.

Der Vorschlag der Gläubigermächte enthält sodann folgende Regelung der Tributfrage: Die deutsche Regierung hinterlegt bei der Banker BSB, zugunsten der Gläubigermächte Reichsbahnbonds in Höhe einer Summe, die endgültig erst am Sonnabend von den Gläubigermächten festgelegt werden wird. Während einer Dauer von drei bis fünf Jahren tritt ein vollständiger Zahlungsausschuß für Deutschland ein. Nach dem Ablauf dieser Frist werden die Reichsbahnbonds in den Händen der Gläubigermächte, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Kurs der Staatsanleihe eine bestimmte Höhe erreicht hat. Die alliierten Gläubigermächte verpflichten sich, mit allen Mitteln bei der amerikanischen Regierung für eine Streichung der internationalen Schulden einzusetzen. Falls die amerikanische Regierung die Streichung ablehnt, werden drei Viertel der deutschen Reichsbahnbonds von den alliierten Gläubigermächten den Vereinigten Staaten als Abzahlung für ihre Schulden übergeben. Das restliche Viertel der deutschen Reichsbahnbonds wird bei der gemeinsamen Kommission für den Wiederaufbau Europas, jedoch zugunsten Frankreichs, eingezahlt. Falls die Vereinigten Staaten auf eine Streichung der internationalen Schulden eingehen, werden drei Viertel der Reichsbahnbonds der deutschen Regierung wieder zurückgestellt. In diesem Fall würde die deutsche Regierung somit nur ein Viertel der aus

ein Betrag von vier bis sechs Milliarden genannt, von denen im Falle der Schuldenreicherung durch die amerikanische Regierung ein Viertel, jedoch im negativen Falle die Gesamtsumme in der Form von Reichsbahnbonds zu entrichten ist.

Ferner soll die deutsche Regierung nach dem Vorschlag der Gläubigermächte verpflichtet werden, die Verzinsung und Amortisierung der Dawes- und Younganleihe weiterzuführen und in zehn Jahresraten von 117 Millionen die durch das einjährige Kooperationsabkommen vom 1. Juli 1921 bis zum 1. Juli 1932 ausfallende Summe zu tilgen. Für die von den alliierten Mächten geforderte Verbindung der internationalen Schuldregelung mit der Tributregelung ist eine „klassische“ Formulierung gefunden worden, die endgültig erst am Sonnabendvormittag festgelegt werden soll.

Nach den Mittelungen von englischer und französischer Seite finden gegenwärtig noch Besprechungen über die endgültige Festlegung dieses Plans statt, der in großen Zügen in der Freitagssitzung vereinbart worden ist. Die abschließende Ausarbeitung dieses Vorschlags soll am Sonnabendvormittag gemeinsam mit Herrriot und Reiffie Chamberlain erfolgen, worauf der Vorschlag sodann der deutschen Regierung übermittelte werden wird.

Besuch des Reichsaußenministers in Genf

Genf, 1. Juli. Reichsaußenminister v. Neurath besuchte heute die deutsche Abordnungsdelegation in Genf. Botschafter Radolny gab ein Frühstück, an dem u. a. Danderson, Gibson, Sir John Simon, Madubetra und Winnow teilnahmen. Freiberger v. Neurath konnte seine ursprüngliche Absicht, an der außerordentlichen Völkerbundversammlung teilzunehmen, nicht ausführen, da er am frühen Nachmittag wieder nach Lausanne zurückkehren mußte.

Der Reichskanzler v. Papen empfing heute nachmittags um 6 Uhr den Besuch des italienischen Außenministers Grandi.

Bufler Direktor des Internationalen Arbeitsamtes

Genf, 1. Juli. Der bisherige stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Bufler (England), ist heute abend vom Verwaltungsrat zum Direktor des Internationalen Arbeitsamtes gewählt worden.

Untragbarer Auslandszins

Die Zinsfälle in der ganzen Welt sinken unaufhörlich. Das ist keine abnorme Erscheinung, sondern galt bisher für jede Krise. Unnatürlich war lediglich, daß die Zinsenkung so spät eintrat. Denn in einer Krise werden Gelder, die bisher in der Produktion festlagen, infolge der zurückgegangenen Beschäftigung frei und suchen neue Anlagemöglichkeiten. Da das Angebot naturgemäß größer ist als die Nachfrage, sinkt der Preis des Kapitals, der Zinsfuß. In dieser Erscheinung liegt eine der stärksten Kräfte für die Wiederankurbelung der Wirtschaft. Denn billiger Zins regt den Unternehmungsgeist an, weil er die Voraussetzung für ein rentables Arbeiten mit geborgtem Gelde ist. Die gegenwärtige große Krise hat bisher von einem größeren Angebot freiverwendender Gelder nichts gespürt. Im Gegenteil, mit der Zunahme der Krise ging Hand in Hand in fast allen Ländern eine starke Verknappung des Kredits. Die Ursachen dafür sind in den Tribut- und den politischen Schulden zu erblicken. Sie haben eine Anhäufung des Geldes in Frankreich und Amerika bewirkt. Die übrigen Kulturstaaten wurden vom Gold mehr oder minder stark entblüht. Da das Gold als Deckungsgrundlage dient, war die Folge eine über die Produktionskrümpfung hinausgehende Geldverknappung, die sogenannte Deflation. Hinzu kam, daß die durch die wachsende Krise hervorgerufene Vertrauenserschütterung zu Kreditkürzungen und Gelddrückungen und damit zur Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerstaaten führte. Die Kreditkürzungen ein. Der aus politischen Gründen geführte Krieg mit goldenen Äugeln, den Frankreich namentlich gegen England führte, zwang Großbritannien zur Aufgabe der Goldwährung. Seinem Beispiel folgten aber zwanzig Staaten. Die internationalen Kreditbeziehungen wurden nahezu völlig unterbrochen, zumal das ungelöste Tribut- und Schuldenproblem nach wie vor wie ein Alpdrück auf der Welt lastete. So konnten sich lange Zeit die natürlichen Heilmittel jeder Krise, billige Zinsen und großes Geldangebot, nicht durchsetzen. Das Vertrauen war durch die große Kreditkrise des vorigen Sommers, durch die ungeklärten Währungs- und Tributverhältnisse nicht nur bei uns, sondern auch bei den anderen Nationen so weitgehend erschüttert, daß die Inhaber von Bankguthaben diese in Banknoten umwandeln und sie lieber zu Hause in altmodischen Trüben aufbewahren, als sie gegen hohen Zins der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die Wirkungen der Deflation wurden zunächst überall verstärkt. Gleichseitig blieben die Zinsfälle hoch und die Warenpreise fielen weiter. Die Produktion wurde also von zwei Seiten stark entmutigt.

Nur langsam aber doch fortschreitend beginnt sich das Vertrauen wieder zu heben. Namentlich in Amerika und England mehren sich die Stimmen, die eine großzügige Kreditpolitik der Notenbanken bei billigen Diskontsätzen verlangen. Diese Forderungen haben auch die gefamtesten Geldbeträge teilweise ans Tageslicht gelockt. Die Geldmärkte wurden wieder flüssig, dadurch sanken die Zinsfälle in London und New York auf 1 bis 1 1/2 Prozent. Auch die Diskontsätze der Notenbanken wurden nicht unbedeutend herabgesetzt. Vor kurzem ermäßigte New York den Diskont auf 2 1/2 Prozent und London antwortete nunmehr mit einer Herabsetzung auf 3 Prozent. In Deutschland machen sich freilich die gleichen Tendenzen viel langsamer geltend. Aber die Entwicklung hat auch hier zu einer spürbaren Entspannung geführt. So konnten deutsche Bankengruppen sowohl dem Reich wie auch Fremden verhältnismäßig leicht größere Ueberbrückungskredite zur Verfügung stellen. Freilich sind die erleichternden Gründe bisher kaum spürbar. Die Zinsbelastungen, die uns und aus den Auslandsschulden erwachsen, sind unverändert hoch geblieben, im Gegensatz zu der Entwicklung in den Gläubigerländern selbst. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die deutschen Vertreter auf der Stillhaltekonferenz, die am Freitag in London begonnen hat, eine Zinsenkung in dem Ausmaß fordern, die in einem einigermaßen befriedigenden Verhältnis zu der tatsächlichen Zinshöhe der Gegenwart steht. Der Gläubiger, der in seinem eigenen Land für seine Gelder oft nicht mehr als 1 Prozent Zinsen bekommt, hat bis jetzt von seinem deutschen Schuldner ohne Schwierigkeiten 7, ja oft bis zu 9 Prozent Zinsen erhalten. Diese heute phantastisch anmutenden Zinshöhen haben sich noch aus der Zeit forgerbt, in der Deutschland riesige Beträge im Ausland aufnahm und in einem heute nicht mehr verständlichen Optimismus dafür Zinsen zu zahlen sich bereit erklärte, wie sie in der gleichen Höhe nicht einmal eine mittelamerikanische Republik zu zahlen willens wäre. Unterdessen sind diese Zinsen für Deutschland aus drei Gründen zu einer sehr schweren Belastung geworden.

Einmal sind durch die Steigerung des Geldwertes infolge der Weltdeflation die Schuldlasten gewaltig gestiegen. Deutschland muß weit mehr Waren im Ausland verkaufen, als zur Zeit der Schuldenaufnahme.